



5 PUNKTE
... thematisierte der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter bei „Politiker*innen im Hörsaal“.



13 ZWERGE
... feierten mit Eltern und Erzieher*innen das 20-jährige Jubiläum der RUB-Kindertagesstätte.



1 FÜHRER
... steht in der studentischen Inszenierung „Max.“ auf der Studiobühne im Mittelpunkt.



1 ZOCKER
... freut sich über die beschlossene Förderung von Games durch die Bundesregierung.

:bszank – Die Glosse

Die Junge Union (JU) Limburg war in Berlin. Daran ist erst einmal nichts besonders, denn es gehört zur konservativen Kaderschmiede der CDU, das politische Leben in der Hauptstadt zu erkunden. Aber darüber hinaus gilt bei der JU der Grundsatz „50% Politik, 50% Party“, wie der Kreisverband mitteilte. Ob das Singen von Wehrmachtliedern jetzt zu Party oder Politik zählt, ist man sich in Hessen nicht sicher. Fest steht jedoch, dass man sich keiner Schuld bewusst ist, da an dem Lied, das die Nationalsozialisten beim Einmarsch in fremde Länder gesungen hatten, nichts verwerflich sei. Dass die Junge Union nun im Rampenlicht der Berichterstattung steht, gefällt den Mochtegern-Wehrmachtssänger*innen ganz und gar nicht. Man versteht die Aufregung sowieso nicht, schließlich geschieht in Berlin viel Schlimmeres, beispielsweise Cannabiskonsum. Und eins steht für die JU sowieso fest: Sie sind die Organisation, die am besten feiern kann. Mein Vorschlag an die Junge Union: versucht es beim nächsten Mal in The mar ...

:juma

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
www.bszone.de
www.facebook.de/bszbochum
www.twitter.com/bszbochum
www.instagram.com/bszbochum



Berühmtes Zitat von Joschka Fischer während des Kosovo-Kriegs: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz“.
Bild: stem

Den Sinn im Krieg finden

MUSEUM. In der Ausstellung „Krieg. Macht. Sinn.“ widmet sich das Ruhr Museum in der Zeche Zollverein einer Frage, die so alt ist wie die Menschheit.

Das Interesse an Krieg bleibt bestehen, obwohl wir längst mit althergebrachten Bildern von Heldentum und Abenteuerreisen abgeschlossen haben. Neben den vielen noch heute bestehenden Konflikten tauchen Kriege zahlreich in Fernsehshows, Filmen, Musik oder Vi-

deospielen auf und bestimmen zu großen Teilen unser Bild davon. Doch deuten wir Kriege auch als Mahnungen um. Vor allem Europa prägte sich das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund der Verwüstung ein, die mehrfach selbst herbeigeführt wurde. Wie das Ruhr Museum

mit der Frage umgeht, wie die vergangenen Kriege noch heute Einfluss auf uns haben, lest Ihr in dieser Ausgabe.

:Die Redaktion

➔ MEHR AUF SEITE 5

Nachhaltig ist der neue Schick

CAMPUS. Den ökologischen Fußabdruck von Studierenden und der Uni verbessern – unter diesem Motto rief das AStA-Referat für Mobilität, Ökologie und Infrastruktur mit Ständen und Vorträgen zur Greenweek 2.0 auf.

Nach dem heißen und trockenen Sommer und dem milden Herbst kann eine Veränderung des Klimas nicht mehr von der Hand gewiesen werden. Um auf die Umstände aufmerksam zu machen und Tipps zur Prävention zu geben, startete vergangene Woche die Aktionswoche zum Thema Nachhaltigkeit. Das Referat für Ökologie des AStAs lud zur zweiten Greenweek ein. Vom 12. November bis zum 16. November hatten Studierende jeden Tag die Möglichkeit, sich am Infostand zwischen Universitätsverwaltung und Studierendenhaus allgemeine Informationen zur Greenweek zu holen und an verschiedenen Mitmachaktionen, wie zum Beispiel ein Nachhaltigkeitsquiz,

teilzunehmen. „Viele Studierende setzen sich kaum mit dem Thema Nachhaltigkeit an der Uni auseinander. Bei dem Quiz fiel auf, dass viele die Kürzel GVO oder WWF nicht kannten. Da muss mehr aufgeklärt werden“, sagte Demet Düzgün, AStA-Referentin mit Schwerpunkt Ökologie.

Suche nach Lösungen

Wie nachhaltig ist die Uni eigentlich? Diese Frage hat sich nicht nur der AStA gestellt, sondern auch Ira Lewe von *Weitblick Bochum* e.V. und Magda Raml von *Greenpeace Bochum* e.V.. Beide sind zudem Studentinnen an der RUB und referierten über die Verantwortung der Hochschulen bezüglich der Nachhaltigkeit. Sie

diskutierten im Weltraum des Universitätsforums mit der Teilnehmer*innenrunde, wie man einen Schritt in Richtung nachhaltigeres Leben an der Universität gehen könnte.

Wie bei Ira und Magda gab es in der Woche Vorträge und Diskussionsrunden zur „Zero-Waste-Bewegung“, Ökobanking, Foodsharing und Upcycling. „Gerade die Zero-Waste- und Minimalismusbewegung mit Wasteland Rebel-Bloggerin Shia haben doch viele interessiert und es ist wünschenswert, wenn die Greenweek auch von zukünftigen Referent*innen für Ökologie wiederholt wird“, zog Demet Düzgün abschließend ein Fazit.

:Abena Appiah

Auf einen Plausch mit Toni Hofreiter

DISKUSSION. Politiker*innen verstehen die Rhetorik meist perfekt und sind für die meisten unnahbar. Dies ist bei der Veranstaltungsreihe des AStAs nicht so, denn Studierende können und sollen die Worte der Referent*innen kritisch hinterfragen.

Politikinteressierte können sich auf die Reihe „Politiker*innen Im Hörsaal“, organisiert vom Referat für politische Bildung, freuen. Die Veranstaltung, die nach Christian Lindners (:bsz 1134) Auftritt mit Protestaktion nicht nur regional, sondern auch deutschlandweit bekannt wurde, bietet auch in diesem Semester Raum für öffentliche Diskussionen mit Politiker*innen, die sich den Fragen von wissbegierigen Studierenden stellen.

Den Start machte am vergangenen Freitag der Grünen-Bundestagsfraktionsvorsitzende Anton Hofreiter, dem der Termin nicht zu einem besseren Zeitpunkt hätte kommen können, denn die letzten Umfragewerte sehen die Grünen weiter im Aufwind und mit 23 Prozent als zweitstärkste Kraft hinter der CDU. Dennoch betrachte er den aktuellen Höhenflug mit einer gewissen Entspannung, denn es gäbe ja öfters Höhen und Tiefen.

Suche nach Antworten

Mehrere Hundert Studierende fanden den Weg zu der Veranstaltung und das aus verschiedenen Gründen. Für einige sei es

wichtig, sich politisch zu engagieren und Veranstaltungen dieser Art beizuwohnen, um sich zu informieren, egal für welche Partei man auch sei. Andere wiederum wollten wissen, warum zum Beispiel in den letzten Jahren weniger Geld in die Bildung gesteckt wurde. Und andere wollten erfahren, wie es denn mit dem Dieselfahrverbot weitergeht und wiederum andere fragten, wie sich die Partei die Finanzierung der bedingungslosen staatlichen Garantiesicherung vorstelle.

Auf die Fragen der Studierenden ging der Grünen-Politiker nach einem 45-minütigen Vortrag ein. In diesem ging es um die Herausforderungen wie die Klimakrise und die damit verbundene sogenannte sechste Aussterbekatastrophe sowie die innen- und außenpolitische Bedrohungen für die Demokratie, die Stabilisierung der Europäischen Union, die Digitalisierung und deren Möglichkeiten als auch um den Finanzkapitalismus.

Plädoyer für die Demokratie

„Die repräsentative Demokratie ist die einzige Staatsform bei der die unter-

schiedlichsten Interessen der vielen verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft abgebildet werden können. Bei der man die Kombination aus selbstbestimmtem freien Denken und langfristige Denken garantieren kann.“, meinte Hofreiter auf die Frage, wie es mit der Demokratie stehe. Ihm ist aber auch durchaus bewusst, dass Probleme vorhanden sind. Da es schwierig sei, langfristiges Denken in vier oder fünf Jahreszyklen durchzusetzen.

In den nächsten Wochen sind Politiker*innen anderer Parteien eingeladen, um sich mit den Studierenden auseinanderzusetzen. Nur eine Partei des Bundestages wird nicht vertreten sein – die AfD. Auf Nachfrage, warum die AfD nicht eingeladen wurde, sagte Linus Stieldorf Mitorganisator der Veranstaltungsreihe: „Wir haben im AStA den Entschluss gefasst, dass diese Partei nicht demokratisch ist. Wir glauben nicht, dass Studierende nicht daran interessiert wären, sondern dass diese Veranstaltung als Informationsveranstaltung nicht wahrgenommen werden



Politik mal anders: Anton Hofreiter stand den Studierenden Rede und Antwort.

Bild: bona

würde. Zudem sind sie nicht mit dem Bild der Ruhr-Universität als weltoffen zu vereinbaren.“

:Abena Appiah

Zwergengeburtstag an der Uni Ökonominnen ausgezeichnet

JUBILÄUM. Die Uni-Zwerge feierten ihr 20-jähriges Bestehen und luden am 12. November zum Spielen und schmausen ein.

Für Studierende ohne Kind ist es oft kein Problem, Vorlesungen und Seminare zu besuchen. Doch für Studierende mit Nachwuchs, gerade unter drei Jahren, ist es schwierig, Kleinkind und Studium unter einem Hut zu bekommen. Aus dem Wunsch heraus, eine Betreuung für die Dauer der Veranstaltungen im Unialltag zu haben, entstanden 1998 die Uni-Zwerge e.V. Bis heute ist die Kindertagesstätte eine Elterninitiative, die sich professionalisiert hat und nicht nur auf die Eltern setzt, sondern auch auf Erzieher*innen.

können das aber je nach Bedarf bei uns speziell buchen“, meint Christian. Zudem sind die Uni-Zwerge eine U3-Einrichtung, das heißt, sie betreuen Kinder ab einem halben bis zum dritten Lebensjahr.

Eltern werden eingebunden

13 Zwerge bewohnen die Räume im GA, die von der Universität mietfrei dem Verein zur Verfügung gestellt werden und können bei schönen Wetter draußen vor dem GA-Gebäude auf dem Spielplatz spielen. Insgesamt verfügen die Uni-Zwerge über eine Kapazität für insgesamt 15 Kindern. Dies führe auch dazu, dass es dort etwas familiärer zugehe. Dafür sorgt auch die Einbringung der Eltern in die Initiative mit jeweils eineinhalb Stunden Betreuung vor Ort, die sie wöchentlich festlegen, sodass die Eltern in die Fürsorge der Kinder mit eingebunden werden. „Man muss sich bewusst sein, dass man hier auch seinen Beitrag leisten muss und es nur so funktionieren kann“, so Christian.

:Abena Appiah

FORSCHUNG. Zwei Doktorarbeiten der Wirtschaftswissenschaften an der RUB wurden mit dem Gebrüder-Deschauer-Preis 2018 geehrt.

Auf der Absolvent*innenfeier der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften am 9. November wurden zwei Doktorarbeiten aus der Wirtschaftswissenschaften der RUB ausgezeichnet. Der mit 2.600 Euro dotierte Preis, vergeben von der Gesellschaft der Freunde der RUB, ehrt die zwei Wissenschaftlerinnen Dr. Lea Eilers und Dr. Bianca Richter.

Bianca Richter untersucht in ihrer Dissertation die positiven und negativen Effekte, die bestimmte Vertriebsstrategien in externen und internen Schnittstellen haben können. Die externen Schnittstellen betreffen das Verhältnis zwischen Verkäufer*innen und Kund*innen, die internen Schnittstellen die zwischen Vertriebsmitarbeitenden und ihren Vorgesetzten. Wie wirkt es sich zum Beispiel auf Verkäufer*innen aus, wenn Führungskräfte Wettbewerb unter ihnen anstiften? Das Ergebnis ist zwiespaltig. So fühlen sich einige Mitarbeiter*innen unter Druck gestresst, andere sind jedoch motivierter und liefern bessere Ergebnisse ab. Dies hängt von der extrinsischen Motivation und Verfügbarkeit mentaler Ressourcen ab. „Die Auszeichnung ist natürlich eine große Ehre

für mich und eine tolle Anerkennung für die harte Arbeit der vergangenen Jahre“, findet Bianca Richter.

Einfluss der Nachbarschaft

Lea Eilers untersucht in ihrer Arbeit arbeits- und regionalökonomische Aspekte. Ihre Fragestellung lautet: Wie kann das nachbarschaftliche Umfeld wirtschaftliche Entscheidungen von Individuen und Haushalten beeinflussen? „Kernthemen sind dabei die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen sowie die Fragestellung, ob Personen mit Migrationshintergrund höhere Mietzahlungen leisten müssen als Einheimische“, erklärt die Wissenschaftlerin. Auch untersucht sie den Einfluss von Flüchtlingsunterkünften in Hamburg auf die regionalen Mietpreise. „Bisher gab es nur wenige Möglichkeiten, Nachbarschaftsstrukturen und deren Auswirkungen auf individuelles Verhalten für Deutschland empirisch zu untersuchen“, so Eilers. Mit der Forschung und Auswertung könne man segregierte Gebiete lokalisieren und zielgerichtete politische Maßnahmen entwickeln, um benachteiligte Nachbarschaften zu fördern.

:Maike Grabow

Keine normale KiTa

Aktuell arbeiten fünf Erzieher*innen bei den Uni-Zwergen. Einer davon ist Christian Minwegen. Der Masterstudent arbeitet als studentische Hilfskraft bei den Uni-Zwergen und hat wie alle anderen Mitarbeiter*innen eine pädagogische Ausbildung zum Erzieher im Voraus abgeschlossen. „Wir haben klassisch wie die meisten Kindertagesstätten montags bis freitags Betreuung von 8 Uhr bis 16 Uhr. Die Eltern



Uni Siegen setzt vermehrt auf E-Klausuren

PRÜFUNGEN. Nach einer vierjährigen Probephase sollen in Siegen (NRW) nun vermehrt E-Klausuren anstelle von Papier-Prüfungen zum Einsatz kommen. Es ergeben sich neue Prüfungsmöglichkeiten.

Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt beschloss die Uni Siegen, die Verwendung von E-Klausuren auszuweiten. Einzelne Fächer haben bereits hauptsächlich ihre Prüfungen an den dafür bereitgestellten Laptops schreiben lassen, beispielsweise die Medienwissenschaften. Doch auch in Wirtschaftsrecht, Germanistik, Psychologie, oder den Wirtschaftswissenschaften wurden diese bereits verwendet.

Mit den E-Klausuren ändert sich nicht nur die Form der Prüfungen: Denn durch

die Darstellungsform auf den Laptops sind wesentlich diversere und neue Prüfungsmethoden möglich. Beispielsweise können Multimedia-Aufgaben gestellt werden, die die Studierenden während der Prüfungen in individueller Geschwindigkeit betrachten können. Ebenso bringen die E-Klausuren Vorteile für Dozent*innen. Zum einen müssen diese nicht mehr wertvolle Zeit damit verbringen, schlecht leserliche Handschriften zu entschlüsseln und können sich auf die

Korrektur der Antworten konzentrieren, zum anderen ermöglicht ihnen das System, statistische Aufschlüsselungen der einzelnen Aufgaben herauszugeben. Durch diesen datengestützten Ansatz können sie leichter erkennen, ob die Schwierigkeit der einzelnen

Fragen dem Level entspricht, das sie dafür planen.

Trotz Erfolg, weitere Ausarbeitung

Innerhalb der vierjährigen Pilotphase, in der rund 22.000 E-Klausuren geschrieben wurden, löste das Team um Marc Sauer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator der E-Klausuren, anfängliche Probleme. So habe man Nachmeldungen einfacher gemacht, die Barrierefreiheit verbessert, altmodische Designs erneuert oder automatische Speicherfunktionen eingebaut, falls ein Laptop beispielsweise einen leeren Akku hat. Derzeit wird daran gearbeitet, das Format auf andere Fachbereiche zu erweitern. „In naturwissenschaftlichen Fächern ist es manchmal etwas schwieriger, da man Aufgaben nicht unbedingt eins zu eins vom Papier ins Digitale übertragen kann“, so Sauer. Deshalb suche man derzeit nach Partner*innen beispielsweise aus Informatik, Mathematik oder Maschinenbau um Aufgabenformate und Darstellungsmethoden für einzelne Fachbereiche zu erstellen.

:Stefan Moll



Bald keine Papierberge mehr? Die Uni Siegen will in Zukunft mehr E-Klausuren einsetzen.

Studi-Tickets für Schüler*innen

Spendenaktion. Dank der SchülerUni können interessierte Schüler*innen bereits vor dem Abitur Lehrveranstaltungen in der Ruhr-Uni besuchen und dafür Leistungsnachweise erwerben, die ihnen später auf das Studium angerechnet werden. Zwar ist das Angebot kostenlos, allerdings erhalten die jungen Lernbegeisterten keinen kostenlosen Nahverkehr. Mit einer Crowdfunding-Kampagne der Stiftung der RUB soll sich dies nun ändern. Damit in Zukunft jede*r Schüler*in die Möglichkeit hat, das Angebot wahrzunehmen, hat diese eine Spendenkasse eröffnet, dessen Erträge in den Mobilitätsfonds übergehen. Auf Antrag können Schüler*innen, die die Fahrtkosten nicht selbst stemmen können, diese ausgezahlt bekommen. „Der Weg zur Universität sollte für niemanden ein Hindernis sein. Daher hoffen wir, möglichst viel Geld zu sammeln, um Talente früh fördern und sie für ein Studium begeistern zu können“, so Kanzlerin Dr. Christina Reinhardt. Die Spendenkampagne ist auf dieser Seite erreichbar: tinyurl.com/SchuelerUni

:stem

Prof. des Jahres

Ehrung. 1.600 Kandidat*innen waren bundesweit von der Unicum-Stiftung für den*die Professor*in des Jahres nominiert. Die Benennung zum Professor des Jahres erhielt Dr. Christian Schmitz vom Sales and Marketing Department der Ruhr-Universität. Zum 13. Mal wird die Auszeichnung am 6. Dezember im Hörsaalzentrum der RUB an Christian Schmitz übergeben. In vier Kategorien konnten die Nominierten Preise abholen – er holte den Preis in dem Bereich Wirtschaftswissenschaften/Jura. Die Jury ehrte ihn für seine „herausragenden Leistungen in der Ausbildung und Betreuung seiner Studierenden“. Er zeichne sich durch eine praxisnahe Lehre aus. So bringe er Studierende und Führungskräfte von Unternehmen zusammen. „Eine große Ehre. Die Lehre und der enge Kontakt zu den Studierenden bereiten mir viel Freude“, freut sich Schmitz über den Preis. „Mir ist es wichtig, meine Studierenden auf den Einstieg in das Berufsleben vorzubereiten und diesen zu erleichtern. Als Mentor möchte ich sie in ihrer beruflichen Orientierung unterstützen, ihre fachlichen und persönlichen Kompetenzen fördern und sie früh mit Unternehmenspartnern zusammenbringen.“ :sat

Listen checken und Ansichten vergleichen

STUPA. In 13 Tagen ist es soweit: Die Wahl des Studierendenparlaments steht an. Doch welche der 12 Listen wollt Ihr wählen? Der StuPa-Check verrät's und hilft bei der Entscheidung.

Das Studierendenparlament (StuPa) der RUB wird jedes Jahr von den Studierenden gewählt. Dieses soll die Gesamtheit der Studierendenschaft durch die Wahlen repräsentieren und in ihrem Interesse agieren. Entscheidungen, die das Studi-Leben betreffen liegen zum größten Teil in den Händen des StuPa und somit in der abgebenden Stimme bei der Wahl. Doch welche Liste sollt Ihr wählen?

Entscheidungshilfe

Der StuPa-Check funktioniert ähnlich wie der Wahl-O-Mat. Ausgewählte Thesen der antretenden Listen können mit der eigenen Meinung und Ansicht verglichen werden.

These 19
Die Universität soll Uni-Sex-Toiletten einrichten.

These doppelt gewichtet

Bei vielen Orten (Bahn, Flugzeug etc.) gibt es Uni-Sex-Toiletten. Gerade für intersexuelle Menschen sind sie eine große Befreiung.

Zwei Toiletten bieten ein größeres Angebot als eine.

Für intersexuelle Menschen ist der 1. sie müssen sich für oftmals nicht entz. können sie verbale wenn andere mein doch die „falsche“ sehr einfach Abhilf werden und tun le bedanken zudem in oder Frauenstoltr

Wir unsere binärer und untergeschlechtliche Kommiliton*innen zusätzlich werden. Problematisch könnte es bei Toilettenkabinen evtl. aus Schamgefühl die Benutzung für viele unzum. könnte. Was wir jedoch nicht hoffen.

Welche Liste stimmt mit Eurer Ansicht überein? Macht den Test und holt Euch Informationen unter stupa-bochum.de/stupa-check.

Bild: sat

Dabei wird auf der Seite betont, dass dort keine Wahlempfehlung abgegeben werden, sondern der Stupa-Check zur interaktiven Informationsquelle dient.

Für die kommende Studierendenvertretung treten 12 Listen an – und somit können auch im StuPa-Check 12 Listen

mit den eigenen Vorstellungen verglichen werden. Jede Liste hatte die Möglichkeit, sich zu ihren Forderungen zu erklären und ist für diese selbstverantwortlich. Bei der Auswertung der Thesen besteht dann die Chance, die Antworten und die Begründung der Listen anzuschauen.

Die Thesen sind in drei Gruppen eingeteilt und markiert: eine Raute in weiß, grau

oder schwarz steht oben links neben der Thesenanzahl. Sie sollen darstellen, welchen Einfluss das StuPa und der AstA (allgemeiner Studierendenausschuss) bei der Verwirklichung haben. Die weiße

Raute bedeutet, dass der Sachverhalt in der These Teil der studentischen Selbstverwaltung ist und ein direkter Einfluss des StuPa erfolgen kann. Mit der grauen Raute wird ausgedrückt, dass ein studentischer Einfluss nur teilweise und indirekt erfolgen kann, da die angesprochene These bei der Universität liegt. Eine schwarze Raute zeichnet die Themen außerhalb des universitären Einflusses aus – beispielsweise auf Ereignisse aus der Landespolitik. Hierzu könne das StuPa eine Stellungnahme abgeben.

Initiiert und erarbeitet wurde der StuPa-Check von Artur Kunz und ist in Zusammenarbeit mit Peter Hähner entstanden. Die Arbeit wurde von einer Kommission begleitet, die jeweils eine*in Vertreter*in aus den StuPa-Listen schickte.

:Sarah Tsah

INFO:BOX

Vom 3. bis 7. Dezember 2018 steht die Wahl zu Eurer Studienvertretung an. Unter stupa-bochum.de/stupa-check gibt's Listeninfos.

Nach Beschluss von Artikeln: starke Proteste gegen EU

EUROPÄISCHE UNION. Am 12. September hat die Mehrheit der Abgeordneten im EU-Parlament für die umstrittenen Artikel 13 und 11 abgestimmt, mit denen das Urheberrecht reformiert werden soll. Proteste bilden sich derzeit besonders bei YouTuber*innen und ihren Fans.

Viele berühmte Figuren der Tech-Szene positionierten sich schon in einem offenen Brief gegen Artikel 13. Zu den größten Kritiker*innen gehört Susan Wojcicki, Geschäftsführerin von YouTube, die in einem neuen Blogbeitrag nun erneut vor dem Gesetz warnt. Denn nach Wojcicki „gehen die Folgen von Artikel 13 über finanzielle Verluste hinaus. Die EU-Bürger laufen Gefahr, von Videos abgeschnitten zu werden, die sie erst im letzten Monat mehr als 90 Milliarden Mal gesehen haben.“ Die Vorschläge für die Upload-Filter (Artikel 13) und das Leistungsschutzrecht (Artikel 11) sollen noch vor der nächsten EU-Wahl 2019 umgesetzt werden. Artikel 11 bezieht sich auf die Verbindung und Auslegung der Artikel 2 und 3 der EU-Richtlinie 2001/29/EG sowie auf die Richtlinie 2012/28/EU. Hierbei geht es darum, das Recht der Urheber zu bekräftigen, die Verbreitung ihrer Werke in jedweder Form erlauben

oder verbieten zu können.

Artikel 13 ...

... ist einer der Teile der EU-Gesetzgebung zum Urheberrecht. Gerichtet ist das Gesetz an Anbieter, die große Mengen an Uploads speichern und diese der Öffentlichkeit zugänglich machen. Hierzu zählen Unter-

neh-



men wie Facebook, YouTube oder Instagram. Es wird gefordert, dass diese großen Portale mit geeigneten Techniken alle Uploads automatisch vor der Veröffentlichung auf Urheberrechtsverletzungen untersuchen müssen. Dies ist keine Neuerung, da die großen Anbieter dies ohnehin schon machen müssen. Neu ist aber, dass die Firmen nun für die Urheberrechtsverletzungen haften und diese nicht mehr einfach auf die Nutzer*innen abschieben können. Dies sorgt für großen Handlungsdruck bei den Konzernen, die nicht mehr einfach alles hochladen lassen können. Begründung für Artikel 13 ist, dass die Portale und viele Nutzer*innen daran gehindert werden sollen, mit Urheberrechtsverletzungen Geld zu verdienen.

Kritik an den Artikeln

Es sind bereits maschinengesteuerte Filter im Einsatz, wie beispielsweise das Content ID System von YouTube. Dieses kann Musikvideos mit der Datenbank abgleichen und bei einer Übereinstimmung das Video blockieren und das Manage-

ment des*der Musiker*in informieren. Da die Technologie aber noch nicht gut zwischen echten Urheberrechtsverletzungen und erlaubten Ausnahmen, Zitaten oder Satire unterscheiden kann, befürchten Kritiker*innen eine fälschliche Massenzensur vieler nutzer*erstellter Inhalte. Denn ein Großteil des Internets beruht auf der Wiederverwendung urheberrechtlich geschützten Materials. Hierzu zählen nicht nur Filme oder Musik, sondern bereits das Teilen des Bildes von jemand anderem auf Facebook. Der durch Artikel 13 entstehende Druck auf die großen Unternehmen sorgt dafür, dass sie sich nun um funktionierende Upload-Filter kümmern müssen, da sie ansonsten für jede Urheberrechtsverletzung haftbar gemacht werden. Dies kann dazu führen, dass ab 2019 unscharfe Filter genutzt werden könnten, da die Technologie noch nicht perfekt ist. Die hieraus resultierenden hohen Fehlerquoten der Upload-Filter könnten dazu führen, dass viele Inhalte wie Satire-Beiträge sowie Berichterstattungen über Unternehmen nicht mehr verfügbar wären.

:Gianluca Cultraro

Autonome Binnenschifffahrt

Studie. Die Revolution der Straßen durch autonom fahrende Autos ist keine Zukunftsmusik mehr. Die Industrie- und Handelskammern (IHK) aus dem Ruhrgebiet sieht dieses Potential auch auf dem Wasser und stellte deshalb, am 7. November, ihre Machbarkeitsstudie vor. Deren Ergebnis zeigt, dass sich der Rhein-Ruhr-Raum aufgrund seiner verschiedenen Anforderungen, von wenig verkehrten Gebieten bis zu geschäftigen Hafengebieten, besonders für die Erprobung autonomer Binnenschifffahrt eignet. In 15 Jahren sollen die ersten Schiffe autonom handeln. Hierbei wird vor allem auf eine Bündelung der Kompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft in einem, zeitgleich von den IHKs initiierten, Kompetenznetzwerk gesetzt. Grund hierfür sind neben dem Mangel an Nachwuchs-Binnenschiffer*innen auch die übervollen Verkehrswege im Ruhrgebiet. Bereits ein Viertel der Güter werden über Wasserstraßen transportiert. Die autonome Binnenschifffahrt soll diese Transportwege effizienter nutzbar machen und neue Perspektiven eröffnen.

:gin

Moderne Schulen gefordert

WISSENSCHAFT. Der DGB und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordern ein Konzept zur Digitalisierung an Schulen.

Nordrhein-Westfalens Schulen sollen digitaler werden, daher präsentierte Yvonne Gebauer (FDP) jüngst die „Digitaloffensive Schule NRW“. Der Plan sieht vor, Kinder und Jugendliche „fit für die digitale Welt“ machen zu wollen. Zu diesem Zweck sollen einerseits Lehrkräfte grundlegend digital qualifiziert werden und andererseits die digitale Infrastruktur der Schulen verbessert werden. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW kritisiert die fehlenden Datenschutzbestimmungen und gibt zu bedenken: „Wenn Schulministerin Gebauer die Digitaloffensive an den Schulen für drei Handlungsfelder, nämlich Vermittlung von Medienkompetenz, Qualifizierung der Lehrkräfte und die Ausstattung der Schulen, ausmacht, fügen wir ein weiteres, notwendiges Feld hinzu: der sichere Umgang mit Daten muss gewährleistet sein.“ Schäfer mahnt, dass Digitalisierung an Schulen nicht dem Selbstzweck dienen sollte: „Sie ist dann gut, wenn sie den Unterricht besser macht und das Arbeiten erleichtert. Darum muss es gehen.“

Keine BYOD-Party

Die GEW fordert, dass Lehrerinnen und

Lehrer mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden müssen, wie es bei anderen Landesbeschäftigten bereits der Fall sei. Das „Bring Your Own Device“-Prinzip, das in vielen Schulen Nordrhein-Westfalens praktiziert werde, könne nicht so fortgeführt werden. Dieser Meinung schließt sich auch die Landesdatenschutzbeauftragte Helga Block an. Die stellvertretende NRW-Landesvorsitzende Maika Finner gibt zu bedenken: „Wir brauchen, um vernünftig und unabhängig von Wohnort und Schulträger zu arbeiten, Dienst-PCs oder Laptops und IT-Spezialisten, die die Geräte regelmäßig warten.“ Darüber hinaus betont Finner, dass Lehrkräfte regelmäßig im Umgang mit der digitalen Infrastruktur geschult und fortgebildet werden. Die GEW rief ihre Mitglieder bereits dazu auf, bei der Landesregierung einen Dienst-Laptop zu beantragen. Desweiteren betont DGB-Vorsitzende Anja Weber, dass die Digitalisierung Gleichberechtigung fördern müsse: „Digitale Bildung muss einen Beitrag leisten, um die Gerechtigkeit im Bildungssystem zu schließen, insbesondere dann, wenn es um den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg geht.“

:Justin Mantoan

Neue Antisemitismus-Beauftragte

Politik. Mit Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) wurde die erste Antisemitismus-Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen einberufen. Die zweifache Bundesjustizministerin (1992 bis 1996 und 2009 bis 2013) wurde für den Posten ernannt, nachdem CDU, FDP, SPD und Grüne im Sommer einen Antrag in der schwarz-gelben Landesregierung stellten. Demnach sei die Stelle aufgrund der Zunahme antisemitischer Straftaten im vergangenen Jahr notwendig geworden. Nun wird Leutheuser-Schnarrenberger dafür zuständig sein, jährliche Berichte an den Landtag zu verfassen, Maßnahmen zur Abwendung antisemitischer Straftaten zu erstellen und mit Opfern zu sprechen. Die FDP-Politikerin ist für ihren Einsatz für Bürger*innenrechte bekannt. Sie erhob zwei erfolgreiche Verfassungsbeschwerden gegen Datenspeicherungsgesetze. 2011 setzte sie sich für eine gemeinsame Zuwanderungspolitik der EU ein, die humanitäre Ziele verfolgen sollte und sowohl für Armutszuwanderung sowie politische Fluchtbewegungen gelten sollte.

:stem

In „Krieg. Macht. Sinn.“ wird Krieg neu verhandelt

MUSEUM. Die Ausstellung im Ruhr Museum in Essen konzentriert sich nicht auf die reine Historik von Krieg, sondern ruft den Umgang damit in das Bewusstsein der Besucher*innen.

Die Frage nach dem Zweck von Krieg beschäftigt unsere Gesellschaften heute stetig. Ob dies Konflikte in Krisenregionen sind, daraus resultierende Fluchtbewegungen, oder das moralische Dilemma von humanitären Interventionen. Wie die Ausstellung „Krieg. Macht. Sinn.“ im Ruhr Museum in der Zeche Zollverein zeigt, wurde die Antwort auf diese Frage mehrfach umgedeutet und befindet sich weiterhin in einem konstanten Diskurs. Die Ausstellung, die Teil des EU-geförderten Projekts UNREST ist und unter anderem in Kooperation mit dem Institut für Soziale Bewegungen an der RUB entstand, liefert dabei keine Antworten, sondern zeigt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Kriegen des 20. und 21. Jahrhunderts.

Erwartung und Bruch

Geteilt in vier Abteilungen, die jeweils unter den Themen „Krieg“, „Bombenkrieg“, „Völkermord“ und „Flucht und Vertreibung“ stehen, führt die Ausstellung zunächst chronologisch die Blicke der Besucher*innen entlang der Exponate. Dies beinhaltet klassische Darstellungsformen wie Kriegs-

maschinerie oder Stahlhelme. Auch werden traditionelle Konzeptionen vom Krieg als Heldenreise am Beispiel von Erich Maria Remarques bedeutendem Roman „Im Westen nichts Neues“ und dessen eintretende Umdeutung behandelt. Doch recht schnell werden diese üblichen Darstellungsformen aufgebrochen. Daher sind beispielsweise Comics, Filmplakate, Satiren von Bundeswehr-Werbepublikationen ebenfalls Exponate.

Geschichte und heute

Ein wesentlicher Bestandteil von „Krieg. Macht. Sinn.“ ist die Instrumentalisierung von Kriegen und welche Narrative darum gesponnen werden. Beispielsweise lässt die Ausstellung die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg nicht unerwähnt, rückt diese aber gleichzeitig in das Licht aktueller Debatten und Instrumentalisierungen durch beispielsweise rechtsextreme Gruppierungen, die die Totenzahlen um den zehnfachen Faktor erhöhen, um die Bombardierung durch die Alliierten argumentativ für sich einzunehmen. An anderer Stelle wiegt Joschka Fischers Zitat, welches er wäh-

rend des Kosovo-Kriegs äußerte, schwer „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz“. Durch diese Kontextualisierungen stellt die Ausstellung Kriege nicht als abgeschlossene historische Ereignisse dar, sondern thematisiert vielmehr deren Nachklang. Die Ausstellung verhandelt, wie Kriege in einer Zeit, in der diese längst nicht mehr als heroische Abenteuerfelder gesehen werden, weiterhin sinnbildend sind – als Mahnung sowie als Deutung.

Dabei zeigt „Krieg. Macht. Sinn.“ ein breites Ausmaß des Leids, das durch Kriege und insbesondere den Holocaust entstand. Nachdem die Ausstellung den Blick der Museumsgänger*innen durch diese Trümmerfelder menschlicher Grausamkeit führt,



Anhand von filmischen Beispielen dargestellt: Wie die großen Kriege des 20. Jahrhunderts heute verstanden werden, zeigt sich auch an Filmen. Bild: stern

bleibt dieser am Ende im Bereich „Flucht und Vertreibung“ bei dem Ausspruch des AfD-Politikers Alexander Gauland stehen: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“ Die Platzierung scheint bewusst gewählt zu sein. Denn nach dem zuvor Gesehenen wirkt dieses Zitat umso befremdlicher.

Die Ausstellung hat bis zum 30. April 2019 geöffnet. Der Eintritt kostet 3 Euro.

:Stefan Moll

Die Erschaffung des Mythos Max

MUSISCHES ZENTRUM. Mit dem Stück „Max.“ führt das junge Kollektiv „#FreudEuch“ am 23. November ihr erstes selbst geschriebenes Stück auf. Es wird die Entwicklung der Figuren beleuchtet, ein Mythos erschaffen, hinterfragt und eventuell zerstört.

Eine Theatergruppe aus der Studienzzeit folgt dem Ruf ihres Anführers Max und trifft sich nach zehn Jahren wieder. Ein neues Projekt soll her. Doch erst müssen sie die Fragen klären: Was für ein Mensch bin ich geworden? Was hat sich alles geändert? So unrealistisch ist der Plot des Theaterstücks

„Max.“ nicht. Die studentische Theatergruppe „#FreudEuch“ beschäftigt sich nicht nur mit der Entwicklung der Figuren, sondern auch mit dem Personenkult um Max. Der Anführer wird von der Gruppe verehrt und alle Teilnehmenden scheinen um ihn zu kreisen. Doch kann nach all den Jahren der Idealkult bestehen bleiben oder hat auch er sich verändert? Ist Max wirklich so perfekt, wie alle denken?

Alle machen alles

Zustande kam die siebenköpfige Theatergruppe #FreudEuch durch einen Optionalbereichskurs im Musischen Zentrum. Nachdem sie in dem Kurs gemeinsam an Szenen arbeiteten, kam die Idee auf, zusammen ein größeres Projekt zu starten. Seit zehn Monaten arbeiten sie schon an der Inszenierung. Zunächst musste ein Thema gefunden, dann ausgearbeitet und schließlich das Stück geschrieben werden. Das Motto ist „Alle spielen, alle führen Regie“. Dieses ungewöhnliche Konzept hat schon einiges von dem Kollektiv abverlangt, so Yannis Deden: „Es war ein Experi-

ment und wir haben etwas Gutes herausgeholt.“

Konstruktion eines Mythos

Innerhalb des Kollektivs spielt es keine Rolle, wie viel Theatererfahrung der*die Einzelne hat. Es sind sowohl Theateraffine als auch Bühnenneulinge an dem Projekt beteiligt. Dass die Gruppe so bunt gemischt ist, hat einige Vorteile. So kommen viele unterschiedliche Vorschläge zusammen und man kann aus einem breiten Repertoire zehren. Zum Beispiel studiert Yannis Philosophie und Germanistik. Sein Wissen aus dem Studium war hilfreich für die Mythoskonzeption. „Wir haben uns bei der Konstruktion des Mythos Max an tatsächliche Mythen orientiert und geschaut, wie diese präsentiert werden. Vor allem Martin Luther und Mahatma Gandhi waren interessant, da sie als positiv dargestellt werden, aber auch ihre dunkle Seite haben“, erklärt Yannis. Man müsse einige Darstellungen hinterfragen, da jede*r gute und schlechte Seiten hat und Fehler macht. Es sei spannend, darzustellen, wie sehr Menschen einem an-

deren Menschen eine Bedeutung geben und sich von den Erinnerungen und Vorstellungen täuschen lassen. Bei dem Stück flossen persönliche Erfahrungen der Künstler*innen mit Vorbildern ein. Jede*r hat seinen eigenen Charakter geformt und dabei entstanden ganz verschiedene Typen.

Werden sie sich wie die Theatergruppe im Stück auch in zehn Jahren wiedertreffen? „Das Stück hat einige Metaebenen, zum Beispiel die Situation, dass es um eine alte Theatergruppe in der Uni geht. Ich kann mir also gut vorstellen, dass wir uns in zehn Jahren wiedertreffen. Dann werden wir sehen, wie wir uns entwickelt haben und was für verschiedene Charaktere wir geworden sind.“

:Maika Grabow



Freuen sich auf die Premiere ihres ersten Stückes: Die Theatergruppe #FreudEuch untersucht, wie ein Personenkult entstehen und zerstört werden kann. Bild: #FreudEuch

ZEIT:PUNKT

„Max.“ von #FreudEuch wird am Freitag, 23. November und Samstag, 24. November jeweils um 19.30 Uhr im Musischen Zentrum der RUB aufgeführt. Der Eintritt ist frei.

Historischer Schritt für die Gamingförderung

KOMMENTAR. Die Bundesregierung hat ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt und eine breite Spieleförderung im Haushalt 2019 für einen Gaming-Fonds genehmigt. Wieso das längst überfällig ist.



Das Verhältnis zwischen Gaming und der Politik war ohne Frage lange ein negativ konnotiertes und so werden sich die meisten eher an Debatten um „Killerspiele“ oder Gewalt in den Medien erinnern. Aber die Politik hat die Spielebranche endlich als wichtigen Wirtschaftszweig anerkannt, was vielleicht an den knapp über 650 Millionen Euro liegen kann, die 2017 mit Computerspielen umgesetzt und von denen ein Großteil im Ausland entwickelt wurden. Genau dies war Grund für den „game – Verband der deutschen Games-Branche“, im April sein Konzept für eine Förderung der Games-Branche auf Bundesebene vorzustellen. Denn Deutschland spielte bisher auf internationaler Ebene so gut wie keine Rolle und so hatte selbst der international wohl bekannteste deutsche Entwickler Crytek in den letzten Jahren einen aussichtslosen Kampf vor sich. Nun hat die Bundesregierung mit dieser erstmaligen Bewilligung einen historischen Schritt für die

Games-Förderung vollzogen.

Es ist nicht schwer

Andere Länder wie beispielsweise Frankreich haben es schon vorgemacht und gezeigt, dass sich so eine Förderung auch für den Staat lohnt. Und genauso wird sich diese Subvention nicht nur wegen der dadurch entstehenden Arbeitsplätze von möglichen Neugründungen lohnen, sondern auch für alle Gamer*innen und nicht Gamer*innen, denn mittlerweile spielt fast jede*r, sei es mit Freund*innen vor der Konsole, im Hörsaal mit dem Laptop oder unterwegs mit dem Handy. Dies ermöglicht der Spieleindustrie einen großen Aufschwung und ich sehe hierdurch ein großes Potential für eine breitere Spielvielfalt. Im Gegensatz zu beispielsweise den USA besitzt Deutschland keine milliardenschweren Videospielekonzerne, die mal eben eine Millionen zur Entwicklung eines Spiels zur Verfügung stellen können. Somit bleibt den Entwickler*innen hierzulande nur die Förderung als entscheidende Finanzstütze. Aber mit der derzeitigen Förderung bin ich über-

zeugt, dass es nicht möglich ist, an internationale Produktstandards heranzukommen. Deswegen sehe ich diesen Schritt als notwendigen an und freue mich auf eine unklare, aber doch vorhandene Zukunft für die deutschen Spieleentwickler*innen.

Budget ja, aber...

Wie es verteilt werden soll und nach welchen Kriterien gefördert wird sowie die an diese Förderung geknüpften Voraussetzungen stehen noch im Dunkeln.

Zuständig für die Fördergelder ist das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Der Game Verband hat ein Konzept für eine Förderung auf Bundesebene vorgestellt, doch ob dies überhaupt berücksichtigt wird, steht



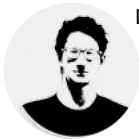
Die Bundesregierung genehmigt eine neue Spieleförderung: Jetzt muss sie im Bundestag genehmigt werden.

noch in den Sternen. Es müssen auch noch einige Instanzen durchlaufen werden, bevor die ersten Förderanträge auf jeden Fall nicht vor Ende 2019 gestellt werden können. Aber der erste und schwierigste Schritt wurde unternommen und die Spieleförderung ist auf dem Weg der Realisation. Auch wenn 50 Millionen im Vergleich zu circa 400 Millionen Filmförderung etwas wenig erscheinen, so bin ich optimistisch gestimmt für die Zukunft dieser bundesweiten Förderung.

:Gianluca Cultraro

Das Land des Autos

KOMMENTAR. Künftig sollen Dienste wie Uber in Deutschland zugelassen werden. Das ist der falsche Schritt, um Probleme zu lösen.



Der Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) möchte in Zukunft deutsche Städte zunehmend für Ride-Sharing Dienste wie Uber oder Lyft öffnen. Dies soll noch während dieser Wahlperiode geschehen. Damit werde vor allem älteren Menschen auf dem Land geholfen. Doch dies ist eine Verschiebung der Verantwortung. Es soll nicht die Aufgabe von Unternehmen sein, die Fehler von mangelhaftem Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes auszubaden. Denn wenn es wirklich um Senior*innen geht, sollte Verkehrsminister Scheuer selbst Wege finden, wie Menschen im Alter ein mobiles Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden kann, anstatt die Zuständigkeit abzugeben. Beispielsweise könnten Kommunen, gefördert durch Bundesmittel, Angebote für Senior*innen bereitstellen, wie reguläre Taxis zu den Preisen von Bustickets zur Verfügung zu stellen.

Ein Problem der Infrastruktur

Einer der Kritikpunkte bei der Einführung

von Diensten wie Uber und Lyft ist jedoch noch ein anderer: Wie eine Studie der University of California Davis sowie ein Bericht nahelegen, führen Ride-Sharing Dienste dazu, dass sich mehr Autos auf der Straße befinden, da die Benutzer*innen der Dienste diese anstatt von Mitteln wie öffentlichen Verkehrsmitteln, Fußwegen oder dem Fahrrad benutzen. Außerdem sind die Autos im permanenten Einsatz. Das führt in amerikanischen Städten zu erhöhten Verkehrsverstopfungen, auch wenn das Ausmaß des Problems diskutabel ist. Wie die vergangenen Jahre zeigten, sind bereits jetzt viele deutsche Großstädte zu hohen Stickstoffoxid-Belastungen ausgesetzt, sodass wir uns nun vor einer Reihe von möglichen Dieselnachrüstungen und Fahrverboten befinden. Gerade diese Ereignisse sollten zum Umdenken anregen und zu einer Verkehrspolitik, die effizient, platzsparend und gesundheitsfreundlich ist. Daher gilt es, die Infrastruktur für öffentliche Verkehrsmittel zu verbessern, beispielsweise durch dedizierte Busspuren auf zentralen Verkehrsstraßen, von denen aus ein enger getakteter Busverkehr stattfinden kann.

:Stefan Moll

User als Freund und Helfer

KOMMENTAR. Die Polizei in NRW setzt bei der zukünftigen Fahndung auf die Mithilfe von Internet-Nutzer*innen.



Der nordrhein-westfälische Innenminister freut sich: „Früher haben wir Fahndungsplakate an Laternenmasten aufgehängt, heute hängen wir sie ins Netz.“ Natürlich ist gegen die Öffentlichkeitsfahndung per se nicht viel einzuwenden, sofern sie tatsächlich der Kriminalitätsbekämpfung und nicht etwa der bloßen Repression dient. Doch hat der Innenminister die Macht des digitalen Mobs bedacht? Sicher wurden Fahndungsplakate auch schon in der Vergangenheit ausgehängt, etwa an Polizeiwachen oder in Bahnhöfen, doch es hat sich wohl kaum jemand die Mühe gemacht, die Plakate zu fotografieren und eine digitale Hetzjagd gegen Verdächtige zu starten. Wenn die Verbreitung von Bildern möglicherweise unschuldiger Personen nur noch einen Klick entfernt ist, kann dies ungeahnte Folgen haben. Nicht umsonst gibt das Gesetz strenge Hürden zur sogenannten „Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung“ vor. Unter anderem müssen „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ vorliegen. Betrachtet man das Online-Portal, fallen einem vor allem zwei Dinge auf:

EC-Kartenbetrug und geklaute Fahrräder. Wenn dies die Fälle von erheblicher Bedeutung sind, bei denen die Polizei NRW größte Probleme hat, leben wir in einem sehr sicheren Bundesland. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich Herbert Reul und die Polizei NRW bloß profilieren und im Netz wieder eine bessere Figur machen wollen. Twitter-Eskapaden und Hambü-Lügen machen ein solches Vorgehen notwendig.

Kein Schutz vor Missbrauch

Ein solches Online-Fahndungsportal ist so lange gut, bis es missbraucht werden kann. Denunziation und Selbstjustiz sind bereits Probleme der Öffentlichkeitsfahndung, seit sie von den Nationalsozialist*innen 1938 eingeführt wurden. Dass das Online-Portal der im Internet stets unseriös auftretenden Landespolizeibehörde diese Probleme irgendwie in den Griff bekommen könnte, ist nicht absehbar und auch nicht wahrscheinlich. Doch Denunziation scheint im Innenministerium in der Amtszeit von Herbert Reul – zumindest gegen politische Gegner*innen, wie zum Beispiel Umweltschützer*innen – sowieso ein probates Mittel zu sein ...

:Justin Mantoan

ZEIT:PUNKT

Singen und chillen

Das Rezept klingt einfach: Zwei Gitarren und zwei harmonische Stimmen. Damit wollen die Liedermacher *Benni & ich* sowie *Frank Bottke & Mario Bierhoff* bei der Wohnzimmerakustik im KulturCafé ein Wohlfühl-Flair verbreiten. Beide Duos verbinden in ihren Liedern melancholische Verse mit melodischen Gitarrenklängen.

• Mittwoch, 21. November, 20 Uhr, KulturCafé, RUB, Eintritt frei.

Adorno würde die Bullen rufen

Alkohol und Diskurs-Versatz-Stücke sind die Ingredienzien der Musik von *Oidorno*. Stadionkurven-Liebeseklärungen haben in den Versen der Punkrocker aus der Uckermark genauso ihren Platz wie Schmähsänge über eine Yuppie-Elektroszene. Beim Pressure Air Festival in Oberhausen finden sie sich daher neben Bands wie *Deutsche Laichen & Kruste* oder *Oironie & Schwach* in guter Gesellschaft wieder. So wird es vor der Bühne definit mehr „Oi“ als Kritische Theorie geben. Oder wie die Band selbst ironisch warnt: Adorno hätte die Bullen gerufen.

• Freitag 23. November und Samstag 24. November, ab 20 Uhr. Druckluft, Oberhausen, Eintritt 12 Euro.



Wie ich leben will

Wie lebt es sich nachhaltig? Dieser Frage möchte Redakteurin **Maike** beim **Sustainability Day - Tag der Nachhaltigkeit** nachgehen. Bei dem ganztägigen Workshop, der den Auftakt des Seminarprogramms im Unverpackt - bioku, der Bio- & Kulturmarkt bildet, setzen sich die Teilnehmenden mit ihrem Lebensstil auseinander und lernen, wie ökologische Nachhaltigkeit funktionieren kann. Die Veranstaltung findet sowohl am 24. als auch am 25. November statt. Anmelden könnt Ihr Euch unter tinyurl.com/nachhaltigkeitswerkstatt.

• Samstag, 24. November oder Sonntag, 25. November, 11 Uhr. BLOKU Bio- & Kulturmarkt, Hernerstr. 14, Bochum. Eintritt frei.

Fusel mit Peer Steinbrück?

Als geschickter Schachzug im Wahlkampf wurde es nicht gewertet, als Peer Steinbrück von der SPD im Jahre 2013 herausposaunte, sich keinen Wein unter fünf Euro einzuschneiden. Seine Fusel-Schelte kam nicht gut an bei den Wähler*innen. Jüngst schlug der einstige Kanzlerkandidat populistischere Tönen an. Seine Empfehlung an die Genoss*innen: Die SPD braucht jemanden wie Bernie Sanders. Ob er darüber auch mit den Studierenden bei der „Politiker im Hörsaal“-Veranstaltung plaudert? Am besten zu einem Aldi-Spätburgunder (2,99 Euro).

• Montag, 26. November, 17 Uhr, HZO 30 RUB, Eintritt frei.

Konsum auf dem Rücken der Menschen

Jacken und Schals gehen auch in diesem Winter in Mode-Discountern wie „Primark“ über den Tresen. Und das zu Schnäppchenpreisen. Doch die günstige Kleidung hat ihre Schattenseiten, denn oft wird sie in Fabriken wie Ali Enterprises im pakistanischen Karachi unter menschenunwürdigen Verhältnissen produziert. So kosteten die prekären Brandschutzverordnungen 260 Menschen das Leben, als in der Fabrik vor sechs Jahren Feuer ausbrach. Das Symposium „Strategien der Gerechtigkeit – Aspekte der Kämpfe um die Fabrikkatastrophen in Südasien“ diskutiert im Blue Square Lösungen.

• Mittwoch, 28. November, 14 Uhr. Blue Square, Bochum, Eintritt frei.

NACH:GEHÖRT

Unleashed sind zurück. Nach drei Jahren bringen die Death-Metaller aus Schweden mit dem Album **THE HUNT FOR WHITE CHRIST** einen weiteren Brecher heraus. Und wieder steht alles unter dem Zeichen des Thorshammer. Nach „As Yggdrasil Trembels“, „Odalheim“ und „Dawn of the Nine“ dreht sich auch auf der neuen Platte alles um die nordische Mythologie und eine Menge selbst erdachter Fiktion. Doch nicht nur thematisch, vor allem musikalisch machen sich die Todesmetaller selbst alle Ehre. Wo sich andere Bands von Album zu Album neu erfinden, verfeinern **Unleashed** ihren beinahe dreißigjährigen, unbarmherzigen Stil höchstens. Damit reihen sie sich ein in einen Reigen von Größen wie *Bolt Thrower*, *Motörhead* oder *W.A.S.P.*, die es ebenfalls allesamt verstehen, sich nur zu verbessern, ohne sich zu verändern. Für Fans der ganz alten, richtig harten Schule des schwedischen Death Metal ist „The Hunt for the White Christ“ ein Muss, für all diejenigen, die posemäßigen Whimp-Metal ohne Wumms wollen, ist das Album die Hölle. **:juma**

akafoe.de facebook.com/Akafoe instagram.com/akafoe_stw

Speiseplan

26.11 - 30.11.2018, Mensa und Bistro der Ruhr-Universität



IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Zeynep-Fatma Dikman, Lukas Meier u. a.

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Benjamin Trilling (bent), Gianluca Cultraro (gin), Justin Mantoan (juma), Kendra Smielowski (ken), Maike Grabow (mag), Sarah Tsah (sat), Stefan Moll (stem)

V. i. S. d. P.: Sarah Tsah (Anschrift s. u.)

Anschrift:
:bsz
c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Auflage: 3.000
Druck: Megadruck Essen

Bildnachweise: S. 1: Anreißer 2: bena; S. 2: Spielplatz: bena; S. 4: YouTube: Bearbeitung gin

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser*innen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen Stud. 3,90 € Gäste 4,90 €	Krosses von der Ente mit Orangensauce, Brokkoli mit Mandeln, Kroketten G,a,h	Ommas Sauerbraten mit Rotkohl, Apfelsmus und Kartoffelklöße R,g,l,1,3,5,9	Grünkohl mit Mettwurst und Kasslerbraten, Röstkartoffeln S,g,j,1,2,3	Gänsekeule klassisch mit Apfelrotkraut, Maronen und Schupfnudeln G,a,c,g,1,3	Flammlachs mit Glühweinsauce, winterlichem Gemüse und Kurkumareis
Komponenten-essen Stud. 1,80 - 2,00 € Gäste 2,80 - 3,00 €	Rinder Cevapcici mit „Puztasauce“ R,a,c,g,l,j,1,2,3,5,9 China Knusperschnitte mit Asla Dip VG,a,i,j	Schweinerückensteak im Kräutermantel mit Bratensauce S,g,j Tofu Pfanne „Asla“ Art VG,a,f,k	Hühnerfrikassee mit Erbsen und Spargel G,g,i Falafel „Oriental“ mit Knoblauch Dip VG,a,f,i	Paniertes Putenschnitzel mit Geflügelsauce G,a,g Knusperkroketten „Gärtnerin“ mit Tomatensauce VG,a,i	Hoki Fischfilet mit Hollandaise MF,a,c,d,g,l,1,5 KarottenRöstling mit Schnittlauchsauce V,a,c,g
Vegetarisches Gericht Stud. 2,20 € Gäste 3,30 €	Kartoffel-Brokkoli-Auflauf mit Mischsalat VG,2	Möhren-Curry-Topf mit Baguette VG,f,h,2	Piroggen mit Röstzwiebeln dazu Mischsalat V,a,c,g,1	Spitzkohlgemüseeeintopf mit Frikadelle oder Baguette R,S,a,c,l,j,2	Schmorkartoffeln mit Champignons, KnoblauchDip und Mischsalat - VG,f
Stud. 1,60 - 3,00€ Gäste 1,80 - 4,20 €	Hühnerfrikassee mit Erbsen, Spargel mit Reis Spitzkohlsalat G,g,i	Schweinesteak mit Quark Dip und Kartoffeln S,f,g,1	Kabeljaufilet mit Vollkornreis und Wok Gemüse MF,a,d,f,g,1,2,3	Vegetarische Lasagne mit Karottensalat V,g,l,m,2	Süßkartoffel Curry mit Vollkornreis und Krautsalat V,e,f,g,j,1
Zu allen Gerichten gibt es eine große Belegenauswahl (0,80 Euro Stud., 0,90 Euro Gäste)	Mischsalat VG	Mischsalat VG	Rahmgurkensalat V,C,F,G,J,2	Karottensalat VG, l, m, 2	Paprikasalat natur VG, l
	Rote-Beete-Salat in Joghurt V,C,G,J	Kräuterdrillinge V, G,	Reis VG Karottensalat VG, l, m, 2	Klarer Krautsalat VG, f, j Pommes Frites VG	Romanesco VG Vollkornreis V, G, 1

(A) mit Alkohol, (B) aus kontrolliertem biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-Öko-039, Zertifizierungsgesellschaft für Ressourcenschutz GmbH Göttingen, (F) mit Fisch, (G) mit Geflügel, (H) Halal, (L) mit Lamm, (R) mit Rind, (S) mit Schwein, (V) vegetarisch, (VG) vegan, (W) mit Wild Allergene: a) Gluten, b) Krebstiere, c) Eier, d) Spuren von Fisch, e) Erdnüsse, f) Sojabohnen, g) Milch, h) Schalenfrüchte, i) Sellerie, j) Senf, k) Sesamsamen, l) Schwefeldioxid, m) Lupinen, n) Weichtiere Weitere Angaben: 1) mit Farbstoff, 2) mit Konservierungsstoff, 3) mit Antioxidationsmittel, 4) mit Geschmacksverstärker, 5) geschwefelt, 6) geschwärzt, 7) gewachst, 8) mit Phosphat, 9) mit Süßungsmittel(n), 10) enthält eine Phenylalaninquelle, 11) kann bei übermäßigem Verzehr abführend wirken, 12) koffeinhaltig, 13) chininhaltig.

Mehr Geld für Studis

Bundesregierung will BAföG-Sätze deutlich erhöhen

STUDIENFINANZIERUNG. Innerhalb der nächsten beiden Jahre sollen die BAföG-Sätze (Bundesausbildungsförderungsgesetz) in allen Bereichen angehoben werden. Doch obwohl dies ein wichtiger Schritt ist, gibt es Bedenken. Zu wenig und zu langsam sei diese Erhöhung.

Mit einem kürzlich von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) vorgestellten Eckpunktepapier will die Bundesregierung schrittweise eine Erhöhung der BAföG-Sätze einführen. Die „Trendumkehr bis 2021“ beim BAföG war Teil des Koalitionsvertrags zwischen Union und SPD. Bis zum Frühjahr soll die Reform beschlossen werden, damit diese im Wintersemester 2019 in Kraft treten kann.

Deutliche Erhöhung

Die Höhe der Angleichungen ist nicht unerheblich: Um mehr als 15 Prozent soll der Höchstsatz von 735 Euro auf 850 Euro innerhalb von zwei Jahren steigen. Dabei erhöhen sich die Bedarfssätze in zwei Schritten bis 2020 zuerst um etwa sieben Prozent, im zweiten Jahr um zwei Prozent. Die Wohnpauschale soll von 250 Euro auf 325 Euro angehoben werden und die persönliche Vermögensgrenze von 7500 Euro auf 8200 Euro. Außerdem sollen die Freibeträge auf das Einkommen der Eltern

um neun Prozent steigen. Dadurch werden einerseits mehr Studierende BAföG-berechtigt sein, andererseits hebt dies die Sätze für Studierende an, die bereits BAföG erhalten.

Trotzdem zu wenig?

Obwohl die Erhöhungen der BAföG-Sätze grundsätzlich Zuspruch erhielten, bleibt Kritik nicht aus. So begrüßte beispielsweise das Deutsche Studentenwerk (DSW) die Anhebungen, zweifelte jedoch an, ob dies eine „Trendwende“ bedeutete und forderte bereits eine Einführung der neuen Sätze zum Sommersemester. „Die grobe Richtung stimmt, aber das muss alles schneller kommen“, so DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde.

Außerdem seien die Erhöhungen nur ein temporäres Pflaster. Aufgrund der langjährigen Versäumnisse sei viel mehr Nachholbedarf erforderlich. Anstatt dass alle paar Jahre über eine schrittweise Erhöhung diskutiert werden muss, soll deshalb eine

festgesetzte jährliche Erhöhung in Kraft treten. „Eine regelmäßige, automatisierte BAföG-Erhöpfung ist besser als viele Jahre der Stagnation, die dann mit einem erneuten ‚großen Wurf‘ wieder kompensiert werden sollen“, so Meyer auf der Heyde.

Die Versäumnisse der vergangenen Jahre zeigen sich unter anderem daran, dass mittlerweile viele Studierende, die selbst den BAföG-Höchstsatz erhalten, unter das Hartz IV Niveau gerutscht sind. Derzeit sei dies in 88 von 96 deutschen Hochschulstädten der Fall, wie aus einer Studie des Moses Mendelssohn Instituts hervorgeht. Selbst nach den 2019 eintretenden Erhöhungen sei dies weiterhin in 20 Städten der Fall, in denen ein Drittel aller Studierenden wohnen. Dies liegt vor allem an den hohen Wohnpreisen in deutschen Großstädten. Auch die Begrenzung an die Regelstudienzeit hält Meyer auf der Heyde für realitätsfern, da viele Studierende neben dem Studium arbeiten gehen. „Wer eine echte Trendumkehr will, der muss die

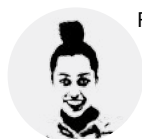


Segen für bedürftige Studierende oder nur Wundpflaster? In den nächsten beiden Jahren soll das BAföG für Studierende deutlich erhöht werden. Bild: stem

Studienrealität berücksichtigen. Für den Großteil der Studierenden reicht die Förderungshöchstdauer, gekoppelt an die Regelstudienzeit, nicht aus. Wie es der Wissenschaftsrat bei der künftigen Finanzierung von Studienplätzen fordert, sollte auch hier die Regelstudienzeit zuzüglich mindestens einem Semester gelten“, sagt der DSW-Generalsekretär. :Stefan Moll

Kein Geld, keine Kekse

KOMMENTAR. Miete, Krankenversicherung, Essen, Materialien für die Uni und dann ist man schon ganz schnell pleite. Für viele Studierende, die BAföG erhalten, ist dann schon Anfang des Monats Ende des Geldes.



Finanzielle Hilfe für Studierende ist grundsätzlich was positives. Mit einer Erhöhung des BAföG-Beitrages können Studierende, die BAföG überhaupt

erhalten, für einen kurzen Zeitpunkt aufatmen. Doch sollte man nicht wo anders anfangen? Seit 2012 sind die Zahlen der BAföG-Empfänger*innen stetig gesunken. Natürlich kann es sein, dass bei ständig wechselnden Sachbearbeiter*innen und dem ganzen Papierdschunzel einige BAföG-Empfänger*innen noch nicht in den Statistiken eingerechnet wurden. Denn es ist keine Seltenheit, dass Anträge einen längeren Bearbeitungszeitraum haben und manche Studierende warten oftmals Monate auf ihr Geld. Auch wenn am Ende eine Nachzahlung für diese Monate kommt, während der monatelangen Bearbeitung, leben sie in diesem Zeitraum fast am Existenzminimum und sind oft auf Familie und Freund*innen angewiesen.

Endlich mehr Geld!

Doch wer kann sich über die Erhöhung des Beitrages freuen? Studierende in den

Großstädten, die 560 Euro Kaltmiete für 25 Quadratmeter zahlen, bestimmt nicht. Bedarfsgemeinschaften, wie das Amt Familien mit Hartz-IV-Empfänger*innen im Haushalt nennt, auch nicht. Denn dann müsse man ja Kürzungen bei den Hartz-IV-Empfänger*innen vornehmen. Auch Werksstudent*innen und Studierende über 25 werden sich nicht freuen, da der Krankenkassenbeitrag dank der Erhöhung für alle Studierende ansteigt.

Es wäre vielleicht sinnvoll, das ganze Konzept zu überdenken, denn BAföG ist grundsätzlich eine gute Sache und unterstützt viele Studierende, doch es ist für die meisten auch Fluch und Segen zugleich. Der Prozess, um die finanzielle Hilfe zu erreichen, ist meist langwierig und birgt immer wieder Hindernis-

se für die Antragsteller*innen, zum Beispiel bei geschiedenen Eltern. Ebenso ist der Betrag für Studierende in Städten wie München, Berlin oder Hamburg ein Tropfen auf dem heißen Stein, da dort die Lebenshaltungskosten weitaus höher sind als zum Beispiel im Ruhrgebiet. Deswegen sollte eher eine Reform als nur eine Erhöhung des BAföGs stattfinden.

:Abena Appiah



Nicht einfach zu durchschauen: Papierberge von Anträgen, die man durchforstet, um ans Ziel zu gelangen. Bild: stem



INFO:BOX

BAföG wurde 1971 während der rot-gelben Koalition unter der Kanzlerschaft Willy Brandts eingeführt. Ursprünglich als Vollzuschuss gedacht, wurde es unter der Regierung Helmut Kohls zu einem Darlehen umfunktionierte und die Fördermöglichkeiten zunehmend abgebaut, wodurch 1998 nur noch knapp 13 Prozent der Studierenden BAföG erhielten. Mit der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder wurde BAföG zu einem Halbdarlehen umgewandelt und die maximale Rückzahlungsgrenze auf 10.000 Euro gesetzt. In den vergangenen Jahren sank die Zahl der Geförderten. Nur rund 20 Prozent der 1,7 Millionen Studierenden, die 2016 Anspruch auf die Studienfinanzierung hatten, wurden gefördert. Die letzte Erhöhung fand 2016 statt. Davor blieben die Sätze über zehn Jahre hinweg konstant, während sich die allgemeinen Lebenshaltungskosten erhöhten. Besonders hat sich in den vergangenen Jahren die rapide Erhöhung der Mietpreise in vielen Studierendenstädten negativ auf die Finanzierung des Studiums durch BAföG ausgewirkt. :stem